

Was im Neuland wirklich



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

1 Wer Artikel 74 unserer Verfassung liest, weiß zwei Dinge: Weder haben SPÖ und FPÖ mit ihrem Misstrauen etwas Schlimmes gemacht, noch haben Kurz & Co. etwas verbrochen. Im Unterschied zu anderen Ländern handelt es sich nämlich um ein rein politisches Misstrauen und nicht um eine Amtsenthebung wegen irgendwelcher Rechtsbrüche. Es geht ganz banal um die Frage, ob in einer turbulenten Zeit die Mehrheit der Abgeordneten zum Nationalrat als unsere Volksvertreter mit der Politik der Regierung einverstanden ist oder nicht. Sie ist es nicht. Das kann eben vorkommen, wenn der Verfassungstext es ermöglicht.

2 Keine Verfassung der Welt kann freilich so umfangreich sein, dass sie jedes denkmögliche Ereignis im Detail regelt. Nun hat der Bundespräsident die Regierung sofort des Amtes zu entheben und möglichst

Kurz und die Regierung haben die Vertrauensabstimmung im Parlament verloren. Das kann man gut oder schlecht finden. Da bisher 185 Misstrauensanträge in der Demokratiegeschichte Österreichs gescheitert sind, betreten wir damit Neuland. Die Verfassung gibt als Steuerungselement die Spielregeln für so einen Fall vor, doch fahren wir seit gestern in unbekanntem Gelände. In der Bundespolitik sind trotz aller Streitigkeiten ein Grundkonsens und mehr Fingerspitzengefühl denn je gefragt.



Foto: EXPA/ Michael Gruber

Kanzler Kurz und seine Bundesregierung haben die Abstimmung im Parlament verloren

rasch einen neuen Kanzler zu nominieren, der ihm wiederum neue Minister vorschlägt. Was die Wörter „sofort“ und „rasch“ bedeuten, das ist aber rechtlich nicht in Stunden oder gar Minuten festgelegt. Wenn man jetzt darüber zu streiten oder das auszunutzen beginnt, wäre das der Anfang einer Krise.

3 Natürlich darf kein Ex-Regierungsmitglied versuchen, in den letzten Momenten seiner Amtszeit noch weitreichende Hand-

lungen zu setzen. Wie es der frühere Innenminister Herbert Kickl mit der von seinem Kurzzeitnachfolger zurückgenommenen Ernennung des Generaldirektors für öffentliche Sicherheit getan hat. Besser ist es, wenn alle einfach mit Respekt die parlamentarische Entscheidung respektieren.

4 Die einzig realistische Lösung ist eine Beamten- und Expertenregierung. Doch auch da darf keine Partei falsche Illusionen we-

cken, um sie nachher zu zerstören. Theoretisch kommt jeder Österreicher über 18 Jahre als Kanzler und Minister infrage, der nicht zu einer mindestens sechsmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Gesucht werden natürlich untadelige sowie parteiübergreifend anerkannte und unabhängige Persönlichkeiten.

5 Aber jeder Mensch eines bestimmten Alters hat seine private und berufliche Lebensgeschichte. Da

/// WAS BRAUCHT ÖSTERREICH JETZT? /// WAS BRAUCHT ÖSTERREICH JETZT? /// WAS BRAUCHT ÖSTERREICH JETZT? ///

Was jetzt abgeht, ist wieder ein Zeichen, dass es allen nur um die eigene Macht geht. Daher gehe ich schon lange nicht wählen. Wir brauchen endlich Politiker, die wirklich für das Volk da sind!

Walter Felsberger (63)
aus Klagenfurt



Österreich braucht jetzt Leute mit viel Hirn, Ruhe und vor allem Sachlichkeit, damit bei der nächsten Entscheidung im September die richtige Wahl getroffen wird.

Maria Grümer (68)
aus Graz



Dieser Misstrauensantrag war völlig daneben. Ich bin dafür, dass nach Einhaltung der Frist sofort Neuwahlen stattfinden und nicht erst im September – die ÖVP wird profitieren.

Markus Lerch (58)
aus Dornbirn



Wir brauchen Stabilität. Die Politiker müssen wieder Vertrauen bei den Menschen aufbauen. Nach der Wahl soll sich die Regierung um Themen wie Zuwanderung kümmern.

Johanna Kern (61)
aus Wien



zählt

hat man nicht immer nur Gutes getan, politisch naturgemäß schon das eine oder andere gesagt, und man ist womöglich mit einer Partei in Berührung gekommen. Es verlangt also Toleranz gegenüber allen Beamten oder Experten, die nunmehr regieren werden. Was nämlich nicht passieren darf: dass Woche für Woche der jeweils nächsten Regierung wiederum gleich das Misstrauen ausgesprochen wird. Dann wären wir wirklich in einer Staatskrise.

6 Fast vergessen wird, dass wir zudem auf dem Weg zu Neuwahlen im September sind. Bis dahin müssen alle Parteien altbekannte Unsitten einstellen. Zum Beispiel, dass man im Parlament tolle Beschlüsse fasst, was an Sozialleistungen wie ein Füllhorn für die Bevölkerung ausgeschüttet wird. Was gut klingt, nur geht es sich im Staatsbudget meistens nicht aus. Letztlich muss der Steuerzahler blechen. Im Jahr 2008 kostete uns das 20 Milliarden Euro, und wir zahlen heute noch daran. Nie wieder, bitte! Stattdessen sollte man lieber die Parteienfinanzierung auf seriösere und billigere Beine stellen.

7 Ach ja, und irgendwann wird sich eine Koalition zwischen den Parteien finden müssen. Wer da mit wem überhaupt eine Gesprächsbasis hat, das ist momentan schleierhaft. Funktionieren muss das trotzdem.



In Österreich sind Wahlkämpfe oft schmutzig und unschön – wie diese Plakate beweisen
Vier Monate Beschimpfungen, heftige Plakate und Streit

Kein Geld, Privat-Kriege: Wahlkampf wird schmutzig

Die Nationalratssitzung am Montag hat gezeigt, was uns jetzt vier Monate blüht: Streit, Vorwürfe, Beschimpfungen, Intrigen, Privat-Kriege und Zynismus. Der Wahlkampf droht zu einem der schmutzigsten überhaupt zu werden. Der Grund: Die Parteikassen sind leer, Online-Schmutzkübelkampagnen oft billig.

Vor allem in den sozialen Medien wird es jetzt rundgehen. Von den Blauen sind zudem wieder heftige Plakate zu erwarten, die „Jetzt erst recht“-Kampagne war wohl erst der Anfang.

Tatsache ist: Die Parteien haben kein Geld mehr für einen Wahlkampf, vor allem nicht für

einen niveaувollen. Das liegt hauptsächlich daran, dass die Großparteien 2017 in puncto Kosten massiv über die Stränge geschlagen haben. Bei FPÖ und SPÖ schaut es schlecht aus – bei den Grünen sowieso. ÖVP, FPÖ und SPÖ haben auch die Wahlkampfkostenobergrenze von sieben Millionen Euro überschritten. Schwar-

ze und Blaue sprengen den vorgegebenen Rahmen deutlich, geht aus Berichten der Parteien an den Rechnungshof hervor. Bei Überschreitungen werden Strafzahlungen fällig.

FPÖ-Wahlkampf helfer wird Strache bleiben. Kurz nach dem Kurz-Sturz schrieb er auf Facebook: „Es reicht! Es gibt nämlich eine Konstante! Die ÖVP hat noch jede Regierung mutwillig in die Luft gesprengt!“ Mögen die Spiele beginnen.

M. Pommer/S. Schieder

/// WAS BRAUCHT ÖSTERREICH JETZT? /// WAS BRAUCHT ÖSTERREICH JETZT? /// WAS BRAUCHT ÖSTERREICH JETZT? ///



Wir brauchen endlich einmal kein Hickhack, sondern eine Bundesregierung mit Personen, denen vor allem das Wohl unserer schönen Heimat Österreich am Herzen liegt.



Denise Zulechner (18) aus Texing (NÖ)



Es wäre an der Zeit, einmal endlich zuerst auf Österreich zu schauen und dann auf sich selbst. Dieses gegenseitige Durch-den-Dreck-Ziehen kann keiner mehr hören.



Daniela Lamprecht (40) aus der Stadt Salzburg



Obwohl ich Anhänger der SPÖ bin, finde ich, dass Sebastian Kurz als Kanzler schon in Ordnung gewesen wäre. Bei den Neuwahlen wird er wieder als Gewinner hervorgehen.



German Enderle (83) aus Kematen in Tirol



Ich finde es sehr schade, dass Kurz abgesetzt wurde, jetzt leidet der österreichische Ruf in der Welt. Kurz hätte weitermachen sollen. Die EU-Wahl zeigte, dass der Kurs bestätigt wurde.



Michaela Feichtenschlager (24), Weilbach (OÖ)